



Norddeutscher Rundfunk

INTENDANT

An die
Vorsitzende der Ständigen Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e. V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20 a
04317 Leipzig

29. Juli 2015

Ihr Schreiben

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 24. Juni 2015. Sie kritisieren darin die beiden Beiträge auf tagesschau.de „Athen will weiterverhandeln“ und „Keine neue Reformliste für Athen“ vom 15. und 16. Juni 2015. Ich habe die verantwortliche Redaktion von ARD-aktuell gebeten, die von Ihnen kritisierten Punkte zu prüfen. Die Stellungnahme der Redaktion diesbezüglich finden Sie im Anhang zu meinem Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Lutz Marmor'.

Lutz Marmor

Stellungnahme von ARD-aktuell zu dem Schreiben von Frau Maren Müller
zu den tagesschau.de-Beiträgen
„Athen will weiterverhandeln“ und „Keine neue Reformliste aus Athen“
vom 15.06.2015 und 16.06.2015

Frau Müller kritisiert in ihrem Schreiben vom 24. 06.2015 zwei Artikel vom 15.06.2015 und 16.06.2015 auf tagesschau.de zur Griechenland-Krise. Ihrer Ansicht nach wurde in beiden Artikeln fälschlicherweise behauptet, dass die griechische Regierung erst nach Scheitern der Verhandlungen am Sonntag, 14.06.2015, das Zugeständnis gemacht habe, der Gläubigerforderung nach einem Primärüberschuss von 1% nachzukommen. Frau Müller zufolge hat Griechenland dieses Angebot jedoch bereits vor den Verhandlungen des Wochenendes 13.06./14.06.2015 vorgelegt.



Aufgrund der Kritik von Frau Müller haben wir unsere Berichterstattung nochmals überprüft. In beiden erwähnten Artikeln stützen wir uns auf eine Sprecherin der EU-Kommission, die in mehreren Agenturberichten zitiert wurde, wie beispielsweise bei AFP: *„Eine EU-Kommissionssprecherin sagte in Brüssel, Athen habe nach langem Widerstand ein Primärüberschuss-Ziel von einem Prozent für 2015 akzeptiert, allerdings noch nicht die dafür notwendigen Maßnahmen.“* Auf dieser Grundlage wurde die Sprecherin in beiden Artikeln korrekt im Konjunktiv zitiert. Darüber hinaus haben wir unsererseits betont, dass es sich „offenbar“ um ein Zugeständnis bzw. eine Art Zugeständnis handelt. Ob es sich also tatsächlich um eines handelt, wurde bewusst offen gelassen. Darüber hinaus haben wir keine Zeitangabe gemacht, wann dieses „Zugeständnis“ erfolgt sein soll, ob erst nach Scheitern der Verhandlungen am 15.06.2015 oder schon im Laufe der Gespräche in den Tagen zuvor. Insofern ist die Kritik von Frau Müller nicht berechtigt, da in beiden Artikeln mit der gebotenen journalistischen Distanz die Sichtweise der EU-Kommission korrekt wiedergegeben wurde.

Dr. Kai Gniffke

27.07.2015